

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post eckl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
elitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonknot 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 50 Pfsg. für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Poststelle eingetragen.

Nr. 12.

Sonnabend, den 22. März 1919.

23. Jahrgang.

Die Revolution und der gewerbliche Gesundheitsschutz der Industriearbeiter.

Das Aufstreben der Arbeiterschaft schaffte neue Sozialprobleme und Sozialrechte, die konsequent die alte Herrenmacht zerstören oder beseitigen müssen. Die Rechte der Unternehmer der alten Gesellschaft, wie die unbegrenzte Aneignung des Arbeitsertrages, die Koalitionen der Arbeiter durch die Klassengesetzgebung zu verhindern oder zu unterbinden und die freie Vergängung eines Lebens und Gesundheit der Beschäftigten in ihren schulsozialen Bereichen, werden durch die evolutionäre Entwicklung abgeschafft und schließlich durch die organisatorische Macht der Arbeiter vollständig sohmgelebt. Und wie uns die Vorgänge der letzten Monate untrügerisch gezeigt haben, hat gerade diese Entwicklung die Urzlage zu einer revolutionären Umgestaltung der alten Machtsicherlichkeiten gegeben, die bei allen Wissen und Hindernissen auch dazu angemessen sein könnte, daß selbst sehr forschrittliche Regierungen wenn sie nicht verstehen und begreifen können. — Was durch die Evolution erst im Laufe von Jahrzehnten und oft noch schweren Kämpfen erreicht werden konnte, erzwingt die explosive Kraft der Revolution in wenigen Tagen. Die große Streitwelle, die jetzt alle am Kriege beteiligten Staaten und vielleicht noch darüber hinaus durchschlägt, ist die treibhausähnliche Frucht einer Schärfung der Volksmassen über die Vorenthalterung politischer Rechte, mit der Folge materieller Entbehrungen. Aus dieser Seelenstimme heraus entziehen sich diese Vorgänge. Revolutionen äußern sich nicht nach dogmatischen oder theoretischen Grundsätzen; hier geben die Wege selten gerade, meistens krumm. Daher die öffentliche Wahrnehmung, daß den sogenannten Führern oft die Bewegung über die Köpfe wächst; sie leiten nur noch in den seltsamsten Fällen oder schiefenbat, und werben so planlos vorwärts getrieben. Die Erkenntnis: daß zur erfolgreichen Zweckmäßigkeit einer solchen Bewegung auch klare Ziele und eine taktische Führung gehört, wird, wie zu sehen, erst dann kommen, wenn die Kraft droht abzuspalten. Aber auch dann wird die Frage rückhaltlos aufgeworfen werden müssen: Ob das ganze Maß der möglichen Erfolge wirklich erreicht ist, wobei dann zutage treten wird, daß durch Aneignung und Auswendung brutale Gewaltmittel sowie durch einseitige Wahrnehmung materieller Interessen, die Erringung wichtiger Sozialrechte verhindert wurde. Vor allem ist hier an den gewerblichen Schutz von Leben und Gesundheit mit der Rechtsforderung zu erinnern, daß bei diesem Maßstab in erster Linie die Arbeiter mitzuwirken haben. Um hier klare, übersichtliche und zuverlässige Beziehungen zu schaffen, ist deshalb eine gründliche Reform der ganzen Gewerbeaufsicht zu verlangen, wobei dann die Arbeiterkontrolleure als amtliche Organe zu fordern sind und für die einzelnen Betriebegruppen in Tätigkeit treten.

zeichnen. Einzelne Bundesregierungen haben schon in den Jahren vor dem Kriege und vor der Revolution einige Konzessionen gemacht, wie z. B. die Anstellung von Fabrikarbeiterinnen zu Gewerbe-Aufsichtsassistentinnen in Preußen. Hierbei darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Anstellung dieser Aufsichtsorgane in den einzelnen Bundesstaaten ganz besonders durch den Mangel an Gewerbe-Aufsichtsbeamten infolge des Krieges vor sich gegangen ist. So fehlten am Schlus des Krieges durch den Waffenstillstand in Preußen 81 Beamte — das sind 25 Prozent. — Auch die beschränkte Mitwirkung der Sicherheitsmänner im Bergbau, durch die Abänderung des Berggesetzes von 1905, wird seit Juli 1909 der nicht „beamte“ Arbeiterkontrolleur auch in Preußen anerkannt. Diese Mitwirkung der Arbeiter ist in Sachsen, Bayern und Preußen eine obligatorische Einrichtung. Auf die Anstellung von Gewerbe-Aufsichtsassistentinnen haben die Arbeitertinnen gar keinen Einfluß; das Vertrauen der letzteren soll auf einem anderen Wege erreicht werden. Anders jedoch beim Bergbau! Hier haben die volljährige Arbeiter das Recht, unmittelbar und geheim die Sicherheitsmänner aus dem Kreis der beschäftigten Kollegen zu wählen, welche mindestens 30 Jahre alt und mindestens 5 Jahre als Hauer beschäftigt sind. Der „Sicherheitsmann“ kann nur den Betrieb, wo er beschäftigt ist, revidieren. Wie vorauszusehen, kann sich dieses System auf die Dauer nicht bewähren. Leute, die in letzter Linie von der Grubenverwaltung wirtschaftlich abhängig sind, laufen bei einer gewissenhaften Kontrolle immer Gefahr, auf das Straßengefüster geworfen zu werden. Wie bekannt sein dürfte, sind in den fünfdeutschen Bundesstaaten seit Anfang des Jahres 1900 Arbeitertontrolleure für das Bauwesen angestellt. Die Gemeinden und sonstige Verwaltungsbehörden haben hier das facultative Recht, also zwangsläufig nach freiem Ermessen solche Aufsichtsbeamte einzustellen. Gemäßt haben die Arbeiter diese Leute nicht, aber man hat sich immer bemüht, die geeigneten Personen aus den Kreisen der Gewerkschaften zu entnehmen. Diese Arbeiterkontrolleure haben durch ihren sachlichen Reichtum Beweis erbracht, daß der Arbeiter sich wohl zu einer unparteiischen Wahrnehmung der Geschäfte der Gewerbeaufsicht eignet und den vorgesetzten Aufsichtsbeamten ganz zuverlässig unterstützen kann. Das hat zur Folge gehabt, daß die preußische Regierung sich erstmal für das Bauwesen den Forderungen der Arbeiter nicht entziehen konnte.

Durch einen Runderlass des Staatskommissars für Wohnungswesen in Preußen vom 13. Dezember 1918 sind die Regierungspräsidenten angewiesen „sofort“ dafür zu sorgen, daß bei dem Wiederbeginn der Tätigkeit zur Wahrnehmung des Arbeiterschutzes bei den in Frage kommenden Behörden Bauarbeiterkontrolleure gegen Gehalt oder Lohn angestellt werden. Als Voraussetzung gilt dabei, daß der betreffende Arbeiter eine Lehrlingszeit durchgemacht und mindestens 5 Jahre auf Bauten praktisch gearbeitet hat. In diesem Runderlass ist das Obligatorium in der Anstellung von Bauarbeiterkontrolleuren festgelegt; von „freiem Gewissen“ ist hier nicht mehr die Rede. — Bei dieser Anstellung sind Kriegsbeschädigte zu bevorzugen und im übrigen die Gewerkschaften zu hören und allgemein ihre Vorschläge zu berücksichtigen. Damit kann jetzt die „außerterminliche“ Übermachung der Bauausführungen nach dem Ministerialerlass vom 22. März 1916 jetzt vollständig durchgeführt werden. Aehnlich so, und das muß erreicht werden, sollen auch Industriebetriebe nicht nur einmal im Jahr, sondern je nach dem Grade der Gefährlichkeit im erforderlichen Maße sogar monat- oder wöchentlich revidiert werden. Von Interesse ist auch die einleitende Begründung des Staatskommissars zu dem Runderlass vom 13. Dezember 1918, worin gesagt wird: „Es gilt mit allen Sträfen darauf hinzuwarthen, daß den zahlreichen Menschenverlusten und körperlichen Beschädigungen, die der Krieg

mit sich gebracht hat, nicht durch neue Unfälle hinzugezogen werden. Diese auf eine Kindeszahl zu beschränken, mög das Ziel jeder für die Sicherheit auf Bauten verantwortlichen Behörde sein." Das was hier zum Ausdruck gebracht wird, wird auch für den dringend benötigten Schutz der Industriearbeiter Geltung haben müssen.

Die gewerblichen Berufsgenossenschaften hatten im Jahre 1913 246 technische Rüffichtsbeamte, wobei die Baugewerbs-Berufsgenossenschaften mit 133 beteiligt sind. Von diesen Beamten werden 296 auch noch als Rechnungsbeamte beschäftigt. Das durch die Revisionen bekanntgegebene Tatsachenmaterial gewährt einen Einblick in die Zustände bei den gewerblichen Betrieben und muß für den weiteren Ausbau des Arbeiterschutzes und der gewerblichen Rüfficht überzeugend wirken. Nach dem Bericht des Reichsversicherungsamts für 1913 haben 193 gewerbliche Berufsgenossenschaften (§ 49) Revisionstage nachgewiesen; wovon 16 567 Tage auf Betriebsrüffichtungen, 8018 auf Lohnbuchprüfungen und 895 auf die Kontrolle der Rentenempfänger fortan auf andere Betriebsgeschäfte entfallen. Bei den 13 Baugewerbs-Berufsgenossenschaften sind insgesamt in den 164 623 als "revisionssicherlich" nachgewiesenen Betrieben 246 908 Revisionen ausgeführt worden. Dagegen sind bei den übrigen gewerblichen Berufsgenossenschaften von 571 600 als vorhanden nachgewiesenen Betrieben — 97 635 — als revidiert angegeben. Vor allem ist zu konstatieren, daß die Zahl der aussichtsführenden Personen bei der Gewerbeinspektion und bei den Berufsgenossenschaften viel zu gering ist und durch den Krieg noch beträchtlich reduziert wurde. Dabei liegen die Dinge ganz offen. Das sich hier zeigende Manövriert durch die gesetzliche Anstellung von Arbeitkontrolleuren sieht bald ausgeschlossen werden. Schon seit dem Jahre 1911 werden die Berufsgenossenschaften durch die Arbeitsversicherungsordnung (§ 875) darauf hingewiesen, Wenn aber veranlaßt durch den alten Herrndünkel die Berufsgenossenschaften sich weiter weigern sollten, dem nachzugeben, dann muß ihnen überhaupt die Wahrnehmung der Unfallversicherung abgenommen werden; die dann der staatlichen Gewerbeaussicht (§ 139 "et Gewerbe-Frdnung) angegliedert werden kann.

Durch die Revolution ist auch für den Arbeiterschutz die Bahn freigemacht werden. Darum muß auch für die Arbeiter der Industrie jetzt die Zeit gekommen sein, sich den Arbeitkontrolleur mit allen Nachdruck zu fordern! In diesem Sinne ist deshalb auch die Sozialpolitische Abteilung der Generalversammlung bei den höheren Ver-

Wahlungsorganen im Reich und bei den Bundesstaaten vorgenommen.
G. Heintz.

Die dritte Million!

U. S. Patent Office

sahe Schicksale erlebt. Schon vor 25 Jahren wurden sie vom Ge-
nossen **Bebe** auf dem Kölner Parteitag als Totgeburt betrachtet,
weil ihm die Erfolge der politischen Aktion so bedeutend erschienen
dass, demgegenüber die Gewerkschaften seinerlei Aussicht auf Vor-
wärtskommen mehr hätten, zumal auch die staatliche Sozialgesell-
gebung ihnen jede Entwicklungsmöglichkeit unterbinde. Selbst die
alte **Liebknecht** jagte damals in einer Bielefelder Rede, daß
die deutschen Gewerkschaften niemals die Stärke der englischer
Trade-Unions erreichen würden, weil zu jenem Zeitpunkt, da dies
eintreten könnte, schon längst die Flagge des Sozialismus über
den Räumen des Kapitalismus wehe. — Die Gewerkschaften hatten
damals eine furchtbare Krise durchzumachen, die ihnen mehr als
ein Viertel ihrer Mitglieder kostete. Ihre Mitgliederzahl war auf
293 000 zurückgegangen und das Vertrauen zu ihren Organisa-
tionen schien verloren. Drei Jahre später halten sie die kritische
Periode überwunden und wieder 339 000 Mitglieder erreicht, er-
folgreiche Lohnämpfe geführt und die Organisationen gesetzlich
und schon verkündete **Parvus**, daß der Wiederaufbau der deut-
schen Gewerkschaften die größte Ruhmestat der Geschichte des aus-
gehenden Jahrhunderts sei.

Jahres 1891. Es brachte ihnen Gewerkschaften die erste halbe Million. Und von Jahr zu Jahr stieg die Ziffer. Die Wirtschaftskrise von 1901 fügte ihnen noch einmal einen kleinen Verlust von 3000 Mitgliedern zu, der bald wieder ausgeglichen war. Darauf schrie ihnen das Unternehmertum mit seinen Massenabschreibungen zu. Schon das Jahr des Ersten Weltkrieges, 1904, brachte ihnen die erste Million. Am Ende 1904 konnte dieser bedeutsame Erfolg verzeichnet werden. Und nun ging es, dass der Unternehmertum, das die Arbeiter gleichmassenweise den Gewerkschaften in die Arme trieb, mit Riesenstritten vorwärts. Endlos Jahr schlug mit einem Zuwachs von 300 000 Mitgliedern ab, bis die Weltkrise-Depression von 1905 die Aufschwung läbte. Wieder war ein kleiner Rückgang von 30 000 zu verzeichnen, der jetzt aber nicht mehr ins Gewicht fiel, als ein Jahrzehnt vorher eine Abnahme von 2000. Denkt schon im Jahre 1910 hatten die Gewerkschaften die zweite Million ihrer Mitgliederschaft erreicht und sie brachten es in der nun etwas abweichenden günstigen Konjunktur durch unzählige Kämpfe und Tarifverhandlungen auf mehr als 2½ Millionen Mitglieder.

Da war der Krieg ein, der zogt die Welt, und viele auf Deutschland lastete und das Wirtschaftsleben mit schweren Kosten erwiderte. Wie alles im V. II. so nutzten auch die Gewerkschaften dem Kriege ihr Glück leisten. Von ihrer höchsten Höhe gingen sie rasch auf 2 Millionen 1914, 1,1 Millionen 1915 und schließlich 1916 herab. Dann erst hob sich ihre Gesamtzahl langsam wieder auf 1.922.000 (1917) und 1.115.000 am Ende des Krieges wieder. Von ihrer Stärke, mit der sie in den Krieg eingetreten waren, hatten sie nur 55,4 Prozent wiedererlangt. Alle Hoffnungen und Erwartungen richteten sich aber auf den Wiederaufbau nach dem Kriege, der ihre Kräfte auf neue Höhe rütteln würde. Sollten die Gewerkschaftsleistungen nicht am Kriegsende den ehemals herausgehobenen Menschen gelöst, unter alten Maßstäben verfallen zu sorgen, daß die Organisationen aufzugeben würden? Und mit welchen immensen Opfern war dies geschehen. Wie wußten die Heimgebliebenen sich mühen und steuern, um den Verbündeten die Erfüllung ihrer Aufgaben auch nur halbweise zu ermöglichen. Und nun sollten die Gewerkschaften ihre Gewerkschaften wiederfinden und sie rasch zur alten Höhe und Erfolgsreichheit

Und mehr als das! Den Gewerkschaftsleistungen war es nicht bloß gelungen, die Organisationen zu erhalten, sondern sie hatten sie auch zu fördern und aufzubauen gedacht und unter günstiger Ausnutzung aller Kriegsconjunkturen den Widerstand des Internationalsimms derart zerstört, daß die Arbeitgeberverbände des Staates

tion streift der Arbeiter und Angestellten auf der ganzen Linie anerlernen, den Arbeitstundenstag, sowie die follechtige Vertragsschließung und passiver Arbeitsteilung mit in die Zustimmung zugestehen und für alle Kriegsteilnehmer das Recht auf Wiedereinstellung an ihre früheren Arbeitsplätze bewilligen müssten. Zur Durchführung dieser Bedingungen und zur Organisation der Übergangsverwaltung wurden Arbeitgemeinschaften zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften vereinbart. Eine gewerkschaftliche Sicherung der Arbeitsbedingungen nach dem Kriege hat ihnen gelungen, wie sie vor dem Kriege sich auch die Firmae und Anteile nicht hätte träumen lassen. Beruhigt sonnte die Arbeiterschaft dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens entgegen sehen, da das Zusammenspiel aller Wirtschaftsorganisationen dessen glatte Durchführung gewährleisten musste.

Die soziale Revolution ist revolutionär. Sie will gesellschaftlichen Erfolge durch eine politische Umwälzung, die die Arbeiterklasse zum auslöschenden Faktor im Reiche mache und die gewerkschaftlichen Errungenschaften zu stützen verdiene. In der Tat hat die Revolutionäre Regierung auch durch gesetzgeberischen Akt den Achtstundentag bestätigt, die Tarifverträge anerkannt und ihre Rechtsverbindlichkeit gesichert, das Recht der Kriegsteilnehmer auf Wiedereinstellung geregelt und die wirtschaftliche Demobilisierung im Zusammenhang mit den Wirtschaftsverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer organisiert.

Erfolge bei weitem nicht genügen und die troß der furchtbaren Krise des Vaterlandes den Sozialismus von heute auf morgen verwirklichen möchten. Die Vertreter dieser Pläne haben in den politischen Arbeitern und Soldaten einen eine solche Organisation entdedi, mit der sie glauben würden zu können, und schon behaupten sie, daß die Gewerkschaften sich überlebt hätten, daß sie nun fähig wären, die Wirtschaftsinteressen der Arbeiterschaft zu vertreten, und daß sie durch das Machtssystem ersegzt werden müßten. Die Arbeitermassen hätten kein Vertrauen mehr zu den Gewerkschaften! Während der Auseinandersetzungen über das Machtssystem mußten wir sehen, wie die Arbeiterräte auf politischem Gebiete durch die Nationalversammlung, durch die Landesversammlungen und durch die neu gewählten Gemeindevertretungen abgelöst wurden, und wie bei diesen Wahlen die Vertreter der sozialen Organisationen in eine hoffnungslose Minderheit gedrängt wurden. Zugleich aber füllten sich die Reihen der Gewerkschaften

schaften. Die Verbände, zu denen angeblich die Arbeiterschaften
ihm Vertrauen mehr habe, konnten nicht genug Kräfte stellen, um
den Ansturm aufzunehmen. Noch haben nicht alle Gewerkschaften
ihre frühere Mitgliederzahl wieder erreicht. Besonders in den
von der Kriegswirtschaft stillgelegten Gewerben und im Bau-
gewerbe sind noch geringe Rückstände zu verzeichnen. Aber andere
Verbände haben bereits Riesenaufnahmen zu verzeichnen. Die
Metallarbeiter hatten schon vor 14 Tagen die Risse von 500 000
überschritten und haben inzwischen 900 000 erreicht. Die Fahr-
arbeiter berichten von 300 000 Mitgliedern, die Eisenbahner haben
230 000, die Transportarbeiter 230 000, die Verbände der Elek-
triker und Holzarbeiter je 200 000, die Textilarbeiter 193 000,
die Gemeindearbeiter 125 000 erreicht. In 15 Gewerkschaften, deren
neueste Schwungsergebnisse uns vorliegen, beträgt zur Zeit die
Mitgliederzahl 2 800 000. Rechnen wir dazu die übrigen Organisati-
onen, bei denen wir uns bisher mit den Abrechnungen des
3. Quartals 1918 bzw. mit den Rissen der Reichsarbeitslosen-
zählung vom 31. Dezember begnügen müssen, mit 325 000 Mit-
gliedern, so ist damit die dritte Mitgliederzahl von
bereits im Februar 1919 weit überschritten.

Glanzender kann kein Beweis geliefert werden, daß die deutschen Gewerkschaften noch das Vertrauen des Arbeiterschlags besitzen. Mag das Parteiensystem als politische Verwertung auf irgendeinem Gebiete erhalten bleiben, oder mag es verschwinden, nachdem es seine revolutionäre Aufgabe gelöst hat, die Gewerkschaften werden bleiben, sie werden weiter wachsen und das Wirtschaftsleben durchdringen, denn hinter ihnen steht die Arbeiterschaft, die ihr Vertrauen nicht umsonst vergebend. Sie weiß, was ihr die Gewerkschaften nützen!

Die Lage des Arbeitermutes.

warteten Witterung und der Wiederaufnahme des Betriebs arbeiten in vielen Teilen des Reiches gebeisert. Von der Landwirtschaft ist festzuhe die Zahl der offenen Stellen zu erhöhen gestiegen, was in der Haupfsache auf den von einzelnen Demobilisierungskommissionen ausgesprochenen Rückgang der Namenszettel offener Stellen zurückzuführen ist. Dagegen hat sich das steigende Abschleppen nicht weiter. Die Landwirtschaft erlangt einen freudigen Nachschub. Die Kriegsgefangenen versiegt; dieser Nachschub ist in erheblichem Maße möglich, wenn eine Arbeitsteilung von Seiten des Erbats für Gefangene zu beschaffen. An Zeit entzündend und in der Scheindrohung und Bestrafen macht sich ein gewisser Bedarf nach Arbeitskräften nicht bemerkbar.

urte. Ende, 1929 über Taxis und Bots bestätigt wurde. Auch im Erntefestlebensspiel in der Arbeitsverbedienst noch ein großer Erfolg, wenn auch der Stand der Kolonialisten am Ende 1938 erreicht ist. Hier schien es jedoch die Platereskenwelt nicht diese rohstoffreiche vorlebig an der Kunstspruchfrage.

Zu den Zeitgenossen liegen die Werke über rechtlichem, die Produktion der Wiederkäuer, Tiere, Leder und Paraffinwachs, sowie die Industrie des Holz- und Schuhstoffes und das Buch, insgesamt gewerbe noch immer unzureichend. Arbeit und Wissen zu reichweiterem Umfang besteht natürlich nur in den Schuhmachern, Schneiderinnen, Edelsteinen und Brillenschliffern. Eine entsprechendewendung kann besserer ist in Pfeilern eines Freihofes mit dem Untertitel „Die wilden Butterweier im Braugewerbe“ vor dem gezeigten Bild hängt hier eine eindrückliche Fotodarstellung der Tragenden zu sehe vor einer ansteigenden Erhebung mit Kreuz- und ionischen Brüstungsmotiven ab, das aber so abblauen möchte, wie sehr schlecht zu beschreiben ihm wird. Eine durchgehende Wei-

